Die Partnerschafts-initiative des Baselbietes

Autor(en): **Hug, Herbert**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **64 (1970)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-141737

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Eine Nation, die von Millionären regiert wird, kann ihre hungernden Frauen und Kinder nicht ernähren, wenn sie nicht zuerst den Millionären die politische Macht entzieht. Alle menschlich denkenden Amerikaner sollten über diese, mit jedem Tag ernster werdenden Probleme gründlich nachdenken.

Red

Die Partnerschafts-Initiative des Baselbietes

Nachdem das Baselbieter Volk in der kantonalen Abstimmung vom 7. Dezember 1969 die Wiedervereinigungs-Verfassung eindeutig verworfen hat, ist am 27. Februar 1970 im Regierungsgebäude zu Liestal das mit insgesamt 23 850 Unterschriften versehene Volksbegehren für regionale Zusammenarbeit eingereicht worden. Mit einer derart hohen Zahl von Stimmberechtigten ist in Baselland noch nie eine Initiative zustandegekommen. Nichts zeigt deutlicher, dass das vierfache Nein vom Dezember nicht gegen den Kanton Basel-Stadt gerichtet war. Es galt ausschliesslich der Bewahrung der kantonalen Selbständigkeit.

In der letzten Nummer dieser Zeitschrift hat ein Freund der Wiedervereinigung seine «Begeisterung für die einzigartige Chance, im 20. Jahrhundert mitten in Europa mit demokratischen Mitteln einen Staat aufzubauen,» zum Ausdruck gebracht. Als ehemaliger Verfassungsrat weiss aber jener «Freund» sehr genau, dass es sich mitnichten um einen «neuen Staat» gehandelt hätte, sondern um einen Kompromiss zwischen zwei bestehenden Staatswesen und erst noch um einen faulen, der weder Fisch noch Vogel gewesen wäre. Es hätte die Wiedervermählung einer seit 137 Jahren geschiedenen Ehe bewerkstelligt werden sollen. Wahrlich, keine Sache, für die sich jedermann begeistern kann; vielmehr eine Sache voller Bedenken und Widerwärtigkeiten. Nachdem sich nun das Baselbiet nach bestem Wissen und Gewissen doch nicht dazu hat entschliessen können, erscheint der klare Entscheid nicht als Verlust, sondern als Gewinn. Es geht nun nicht darum, der ehelichen Hälfte von annodazumal nachzutrauern und ihr in pathologischer Rachsucht noch ein paar Rockzipfel abzulisten, d.h. dem Kanton seine unteren Gebiete zu entreissen; vielmehr kann eine gesunde Politik nur noch den entschlossenen Ausbau der *regio basiliensis* ins Auge fassen, die Zusammenarbeit in freundnachbarlicher Partnerschaft nicht nur mit einem, sondern mit allen angrenzenden Kantonen und sogar Ländern. Die Ersetzung der föderalistischen Tradition durch zentralistische Prinzipien würde das Ende der Schweiz bedeuten.

Soeben hat uns der Kanton Bern in der Jurafrage eine Lektion föderalistischer Gesinnung und Grossmut erteilt, welche alle Befürworter eines Grosskantons beherzigen sollten. Es kann einem Grosskanton auch bange werden. Darum verzichte man lieber darauf. Kein Schweizer denkt daran, Uri, Schwyz, Unterwalden und Luzern zusammenzuschweissen, obwohl in einem Grosskanton Luzern die Bevölkerungszahl etwa gleich gross wäre wie dieje-

nige beider Basel. Dass sich einst die beiden Rhoden Appenzells trennten, war konfessionell bedingt; der Grund der Trennung ist schon längst hinfällig geworden, trotzdem denkt niemand daran, die beiden Teile wiederzuvereinigen. Was Jakob Burckhardt in seinen weltgeschichtlichen Betrachtungen über die Vorteile des Kleinstaates ausführt, das hat sehr wohl auch seine Bedeutung für das Zusammenleben dre Kantone, die doch ebenfalls Kleinstaaten sind, und wenn wir keine Achtung mehr haben vor der organisch gewachsenen und geschichtlich gewordenen Eigenart eines solchen Staatswesen, so können wir die Schweiz zugunsten totalitärer Bezüge liquidieren. Totalitärer Politik gegenüber wird schweizerischer Bürgersinn stets als «gefühlsbetonte Staatsromantik» erscheinen. Uns ist aber eine solche lieber, und sie entspricht dem Wesen der Demokratie mehr als das Liebäugeln mit autoritären und zentralistischen Machtgefügen, die stets den Trend zur Diktatur haben, unter der alle Freiheit erstickt.

Zum Schluss sei nochmals betont, dass wir den Freunden der Wiedervereinigung beider Basel auch edle Motive im Sinne der Versöhnung zubilligen; aber wir halten ihr Bestreben in Anbetracht der tatsächlichen Verhältnisse für unrealistisch und darum für unzumutbar. Der Weg der Partnerschaft ist allein gangbar. Dass wir ihn wirklich beschreiten, darauf kommt jetzt alles an! *Herbert Hug*

Jahresversammlung des Schweiz. Friedensrates

Die Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz ist Mitglied des Schweizerischen Friedensrates. Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, dass die *Jahresversammlung am 18. April 1970 in Freiburg,* wo eine aktive Gruppe von Gesinnungsfreunden besteht, stattfinden wird und bitten Sie, sich dieses Datum heute schon *vorzumerken* und in möglichst grosser Zahl in Freiburg zu erscheinen. Neben den ordentlichen Jahresgeschäften verspricht das sorgfältig gestaltete Programm eine ernsthafte und kompetente Behandlung von brennenden schweizerischen und europäischen Problemen. Eine detaillierte Einladung wird den Mitgliedern der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz noch zugehen. *Elsa Pavoni-Lezzi*